

Demokratie in einer unsicheren Welt

Hans-Peter Waldrich

Summary

The article deals with the term of democracy with special focus to what task democracy has in the world as a means of producing knowledge. Like never before, humanity stands before the task to organize its survival on earth. Hereby a maximum amount of information and a process of trial and error is demanded that is in this way only open to democratic societies. Yet, democracies today are threatened by extreme social differences and by the power of the media being in possession of a tiny elite. Furthermore, the question of affiliation and identity of the people arises in a time becoming more and more chaotic. Religion in this respect has a special role.



›Alles ist nur Vermutung‹, lautet der Titel einer auf CD herausgegebenen Vortragsreihe des Philosophen und Wissenschaftstheoretikers Karl R. Popper, der in einem einzigen Satz recht zutreffend die Quintessenz seiner Anschauungen zusammenfasst. Über Anschauungen kann man verschiedener Meinung sein, nicht aber letztlich über den in diesem Titel ausgedrückten Grundtatbestand, dass im Hinblick auf eigentlich alle wichtigen Fragen des Lebens und nicht zuletzt auch der Politik Vieldeutigkeit vorliegt und kein absolut sicheres Wissen. Was wirklich ›wahr‹ oder auch nur ›richtig‹ ist, lässt in der Regel mehrere Antworten zu oder bleibt, je tiefer man in das jeweilige Problem einzudringen versucht, am Ende häufig offen. Für die Politik hat das schwerwiegende Konsequenzen.

Denn im Hinblick auf die Politik steht dieser typischen modernen weltanschaulichen Lage – größte Unsicherheit im Hinblick auf bedeutsame Wissensaussagen, sofern sie über enge empirische Forschungstatbestände hinausgehen – zugleich eine geradezu als paradox zu bezeichnende

Notwendigkeit gegenüber, nämlich diejenige, möglichst wenig Fehler zu machen. Politik ist kein Feld bloßer Theorie, das folgenlos eine weite Toleranzspanne der Auslegungen zulässt, sondern eine Praxis, die für viele Menschen und zunehmend für den ganzen Globus tiefgreifende alltagswirksame Konsequenzen hat. Dementsprechend haben wir es mit einer Art politischem Handlungsparadoxon zu tun.

Was ist damit gemeint? Das politische Handlungsparadoxon besteht in der Koexistenz zweier Anforderungen, die im Grunde nicht zusammenpassen. Um dies zu verdeutlichen muss ein wenig ausgeholt werden: Die Menschheit befindet sich in einer historischen Grenzsituation. Sie verfügt über die technologische Fähigkeit, sich selbst zu vernichten, wobei die ökologische Frage die bedeutsamste ist. Die Grenzen des ökonomischen Wachstums sind erreicht oder bereits überschritten, die Ökosphäre – man denke etwa an den Klimawandel – scheint in eine Art Streik getreten zu sein und nach wie vor ist der desaströse Einsatz von Massenvernichtungswaffen, unter Umständen mit weltweiten Folgen, keineswegs ausgeschlossen; globaler Frieden wäre also heute und zukünftig unabdingbar. Das von Hans Jonas postulierte ›Prinzip Verantwortung‹¹ gilt daher im Hinblick auf zwei Hauptbereiche: Einerseits im Hinblick auf unsere Verantwortung gegenüber der Natur und andererseits und daraus folgend im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber uns selbst. Wie schaffen wir es, auf diesem begrenzten Globus, dem ›Raumschiff Erde‹, so miteinander auszukommen, dass unser Leben, ja unser Überleben auf Dauer möglich ist?

Alle diese Fragen werden in allererster Linie durch Politik beantwortet. Es handelt sich um Probleme, die den Einzelnen mit umfassen; doch als vorwiegend globale Fragen verlangen sie nationale und internationale politische Koordination. Daher liegt wie nie zuvor das Leben der Menschen, ja ihr Überleben, in den Händen der Politiker. Doch zugleich ist deutlich: Sichere Rezepte gibt es nicht. Was wirklich jeweils zu tun ist, bleibt offen, muss also gesucht und gefunden werden. Da dabei sämtliche Fachgrenzen überschritten werden, sind von den Wissenschaften nur Zuträgerdienste zu erwarten. Gesamtlösungen können also nicht von Technokraten und auch nicht von charismatischen Führern dekretiert, sie müssen kollektiv erarbeitet und gemeinsam beschlossen werden. Diese globale Grund- und

¹ Vgl. Jonas, Hans: *Das Prinzip Verantwortung*. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt/Main 1984.

Grenzsituation ist eine fast schon apokalyptische Herausforderung, und sie verweist unabdingbar auf die Demokratie.

Die beste unter den schlechten Staatsformen

So ist es naheliegend, auch auf der Ebene der Staatsformenlehre die folgende Frage zu stellen: Gibt es eine Regierungsform, die der skizzierten Wissensunsicherheit bei gleichzeitigem Handlungsdruck am meisten entspricht? Gibt es eine Staatsform, die mit dem politischen Handlungsparadoxon am verträglichsten zusammengebracht werden kann? Die Antwort lautet: Es ist die Demokratie.

Doch zunächst eine Begriffsklärung dessen, was hier unter ›Demokratie‹ verstanden werden soll. Demokratie im Sinne der Fragestellung ist eine Regierungsweise, die es ermöglicht, dass Wissen auf breiter Ebene erzeugt, im Diskurs geklärt und in Regierungsentscheidungen transformiert werden kann. Diese Begriffsbestimmung deckt sich weitgehend mit dem sogenannten deliberativen Begriff von Demokratie. Demokratie kann als ein Instrument angesehen werden, um Erkenntnisse zu gewinnen, Demokratie verfügt über eine Orientierungsfunktion und über die Fähigkeit, ›bessere‹ Vermutungen an die Stelle von ›schlechteren‹ Vermutungen zu setzen, das heißt ein Optimum an brauchbarem Wissen zu generieren, ein Wissen also, das überprüfbar ist, das ›getestet‹ werden kann und das verbesserbar und revidierbar bleibt.²

Freilich ist dieser so definierte Demokratiebegriff so etwas wie eine regulative Idee, also ein Maßstab oder eine Leitlinie und in vollendeter Form niemals Realität. Je mehr ›deliberative Potenz‹ eine Demokratie entwickelt hat, desto besser, angemessener und im Hinblick auf die menschliche Überlebensfrage nützlicher werden bei allem Irrtum und aller Unvollkommenheit Regierungsentscheidungen sein. In Demokratien ist also nicht alles eitel Sonnenschein. In Abwandlung eines berühmten Wortes von Winston Churchill kann davon ausgegangen werden, dass alle bekannten Regierungsformen schlecht sind. Aber die Demokratie ist die beste von allen schlechten.

² Diese Auffassung deckt sich weitgehend mit derjenigen von John Dewey. Vgl. etwa Joas, Hans (Hrsg.): *Philosophie der Demokratie*. Beiträge zum Werk von John Dewey, Frankfurt/Main 2000.

Freie Wahlen – Freund und Feind

Ich möchte hier zunächst die in den meisten Demokratietheorien genannten klassischen institutionellen ›Bestandteile‹ der Demokratie durchgehen und zeigen, welchen Sinn sie unter den oben skizzierten Bedingungen haben. Anschließend gehe ich auf bestimmte Voraussetzungen der Demokratie ein, denn die anerkannten Institutionen der Demokratie ruhen auf einem außerpolitischen Fundament, ohne dessen richtige Gestaltung Demokratie nicht oder nur notdürftig funktioniert.

Zunächst sind die bekannten institutionellen Elemente der Demokratie zu prüfen: Wahlen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit. In allen ›alten‹ Demokratien, etwa England oder den USA, sind diese Elemente Verfassungsbestandteil.³ Alle drei Elemente sind die Konsequenz aus einer einzigen, überaus bedeutsamen Grundeinsicht: Menschen lassen sich nicht auf eine einzige politische Meinung verpflichten. Erzwingt ein Staatswesen Einheit, so bleibt die Vielheit unter der Oberfläche erhalten und kommt von dort irgendwann mehr oder weniger explosiv wieder zum Vorschein. Das mag nicht immer so gewesen sein, gilt aber als eine Art gesellschaftliches Naturgesetz spätestens im 21. Jahrhundert.

Wir stehen also vor einem empirischen soziologischen Tatbestand oder zumindest vor einer mehr als gut begründeten Vermutung: Gesellschaften, und das im Zuge der Globalisierung weltweit, sind notwendig pluralistisch strukturiert. Pluralismus ist nicht lediglich eine Forderung oder eine Wertsetzung, die sich etwa in dem Wunsch nach Meinungsfreiheit ausdrückt, sondern ein harter soziologischer Tatbestand. Pluralismus ist so gesehen nicht normativ, also nichts, das man so oder auch anders sehen bzw. beurteilen kann, sondern schlicht eine Tatsache, die man als gegeben hinnehmen muss.

So gesehen entsprechen die klassischen institutionellen Elemente von Demokratie zunächst einmal einer politischen Klugheitsregel; zum Beispiel das Recht auf freie und gleiche Wahlen. Ist es nicht klüger, die Menschen wählen zu lassen, statt mit allen Mitteln die Opposition auszuschalten? Die gewaltsame Bekämpfung alternativer politischer Meinungen ist gleichbedeutend mit der Unterdrückung von Information. Das zeigt sich bereits psychologisch in der nicht selten orientierungslosen Situation eines

³ In Großbritannien beruht die Verfassung auf Tradition und nicht auf einem schriftlichen Dokument.

diktatorischen Unterdrückers. Wer ist für mich, wer gegen mich? Etwa Stalin muss sich spätestens seit der Zeit der so genannten Moskauer Schauprozesse in einer Art Paranoia befunden haben. Ärzte ließ er daher nur ungern an sich heran, denn es war ihm nicht möglich zu wissen, wer Freund und wer Feind war und wer vielleicht die Absicht hatte, ihn zu vergiften. Erst freie Wahlen geben Aufschluss über die tatsächliche Verteilung von Kritik und Zustimmung, Freunde und Gegner werden sichtbar und dieser Zuwachs an Übersicht und Wissen wird ohne Gewaltanwendung erreicht und wirkt dadurch auf allen Ebenen schonend auf die knappen Ressourcen: menschlich, aber auch ökonomisch. Denn die teuerste ›Lösung‹ ist der Bürgerkrieg.

Und natürlich kann es sein, dass die Opposition über die besseren Vorschläge verfügt. Um die paranoischen oder lebensfremden Welten von Dauermachhabern aufzubrechen, braucht es den frischen Wind von Alternativen. Nur bei freien Wahlen können solche Alternativen ausprobiert werden. Politik wird auf diese Weise in größter Annäherung an die Wissenschaften zu einem Trial- und Error-Verfahren, in dem Hypothesen aufgestellt und nachfolgend experimentell überprüft werden. Nach Ablauf der Wahlperiode unterliegt die Umsetzung dieser Hypothesen dem Urteil der Wähler. Politik ist eine Suchbewegung, bei der viele Augen mehr sehen und viele Perspektiven zweckdienlicher sind als lediglich ein einziges verhärtetes Dogma.

... dass die Macht die Macht bremse

Aus dem faktischen Pluralismus, also dem soziologischen Grundmerkmal moderner Gesellschaften, resultiert auch die demokratische Forderung nach Gewaltenteilung. Gewaltenteilung ist umstritten. Sie wurde auch von Anhängern des Demokratiedenkens abgelehnt. So ging etwa der Ideengeber der französischen Revolution, Jean Jacques Rousseau, von einem als einheitlich, ja als ideal aufgefassten Volkswillen aus (der *Volonté générale*), der alle verbindet und niemals irrt. Auf diese Weise kann selbst eine Demokratie ins Totalitäre gewendet werden.⁴ Stalins Kommunismus verstand sich als höchst entwickelte Form der Demokratie und auch Mussolinis Faschismus oder Hitlers Nationalsozialismus empfanden sich

⁴ Talmon, Jacob: *Die Geschichte der totalitären Demokratie*, 3 Bde., hrsg. v. Uwe Backes, Göttingen 2013.

nicht im Gegensatz zur Demokratie stehend. Der einheitliche Volkswille drückte sich nach deren Verständnis in der charismatischen Herrschaft des ›Duce‹ oder des ›Führers‹ aus.

Dagegen trägt der Gedanke der Gewaltenteilung dem faktischen gesellschaftlichen Pluralismus Rechnung, ja mehr noch: In der Idee der Gewaltenteilung steckt die machtkritische Einsicht, dass jedes Partialinteresse, jede politische Gruppierung, Partei etc. zumindest potenziell danach strebt, sich absolut zu setzen; wer Macht hat, will allmächtig werden. Doch mit der ›Allmacht‹ – sie ist auch bei den mächtigsten Diktaturen nicht viel mehr als ein Phantasieprodukt und daher eine Wahnidee – führt unvermeidlich zum Realitätsverlust. Daher sei es gerade auf höchster staatlicher Ebene nötig, dass »die Macht die Machtbremse«⁵, wie es Charles de Montesquieu (1689-1755) als einer der Ersten formulierte. Diese bremsenden Gegenmächte müssen institutionell verankert sein und, wie etwa das deutsche Bundesverfassungsgericht, über Befugnisse aus eigener Legitimation verfügen.

Dennoch: Gewaltmonopol

Das Kunststück beruht nun darin, die institutionellen Gewalten und Gegengewalten in gegenseitiger Balance zu halten. Demokratie hat es stets mit Balance zu tun. Verliert sie ihre Balance, geht sie unter. Denn Demokratien dürfen keine schwachen Staaten sein. Die auch für jede Form der Demokratie wesentliche Errungenschaft ist dabei das legitime staatliche Gewaltmonopol. Als dauerhafte, geordnete Einheit sind die modernen Staatswesen das Ergebnis einer territorialen Befriedung, bei der die Staatsspitze in der Lage war, ›privat‹ geführte bewaffnete Auseinandersetzungen, so etwa das ausufernde spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Fehdewesen, zu unterbinden.⁶ Wenn Staaten gerade gegenwärtig wieder zerfallen, ein besonders im arabischen, afrikanischen und nahöstlichen Raum hochaktuelles Problem, zeigt das Ausufern innerstaatlicher bewaffneter Konflikte und die ›Privatisierung‹ der Kriege, dass jeder Demokratisierung zunächst einmal die Aufrichtung des staatlichen Gewaltmonopols vorausgeht. Es erscheint dann wie eine

⁵ De Montesquieu, Charles-Louis: *Vom Geist der Gesetze* (1748). Auswahl. Übersetzung und Einleitung von Kurt Weigand, Stuttgart 1992, S. 215.

⁶ Waldrich, Hans-Peter: *Staat*, in: Bernhard Schäfers, Johannes Kopp, *Grundbegriffe der Soziologie*, Wiesbaden 92006, S. 304 ff.

Quadratur des Kreises, den Staat mit rechtsstaatlicher Gewaltenteilung auszustatten – ein kulturelles Kunstwerk allerhöchster menschlicher Organisationsfähigkeit, das nicht ausdrücklich genug gewürdigt werden kann.

Rechtsstaat

Doch das Gewaltmonopol, selbst unter den Bedingungen von Wahlen und Gewaltenteilung, benötigt einen passenden rechtlichen Rahmen. Er wird durch den Rechtsstaat geliefert. Denn der faktische Pluralismus, die jeweils verschiedene Sichtweise der Menschen auf die Welt, freilich auch ihre Interessengebundenheit und Voreingenommenheit, würden sich rasch zu gewaltsamer Auseinandersetzung steigern, wenn nicht klare und durchsetzbare Regeln ihres Miteinanders, aber auch Gegeneinanders existieren würden. Neben der Gesetzesförmigkeit von Politik und Verwaltung sind hier die Grund- und Menschenrechte von besonderer Bedeutung, ohne die eine zivilisierte Auseinandersetzung zwischen Einzelnen und Gruppen nicht denkbar ist.

Das wird besonders deutlich am Recht auf Meinungsfreiheit. ›Press-< Freiheit gehört zu den am härtesten erkämpften Errungenschaften von Ländern, die sich auf den Weg in die Demokratie machten. Seit der Erfindung des Buchdrucks und des Verfahrens, Buchstaben mechanisch auf Papier zu ›pressen‹ und so zu vervielfältigen, war es nicht nur möglich geworden, politische Meinungen wirksam zu artikulierten und zu verbreiteten, darüber hinaus konnten in weit größerem Umfang als zuvor Informationen, Beurteilungsmaßstäbe und Lösungsvorschläge zusammengeführt werden. In einer unsicheren Welt, in der jeder politische Kurs, jede politische Entscheidung notwendig in einem Horizont der Offenheit und Fragwürdigkeit steht, war damit die ›Press-< Freiheit ein großer Vorteil.

Gesellschaftliche Voraussetzungen von Demokratie

Wahlen, Gewaltenteilung sowie Rechtsstaatlichkeit gelten unterdessen als anerkannte und unverzichtbare Strukturmomente der Demokratie. Zunehmend zeigt sich jedoch, dass Demokratie darüber hinaus auf gewissen Voraussetzungen beruht, die weniger staatsrechtlicher Natur, sondern gesellschaftlicher Art sind. Allgemein gesehen geht es um die richtige Ausgewogenheit zwischen Gleichheit und Freiheit, – ein im

Hinblick auf die Demokratiefrage oft erörtertes Thema. Beide Begriffe können als Extreme angesehen werden, beide machen, sofern sie kompromisslos und überspitzt umgesetzt werden, Demokratie unmöglich. Das gilt für Gleichheit, wenn sie als totale Einebnung sämtlicher Unterschiede verstanden wird, aber auch für Freiheit, sofern den natürlichen oder wirtschaftlichen Unterschieden zwischen den Menschen ohne Grenze und ohne Ausgleich vollkommen freier Lauf gelassen wird.

Extreme also schaden der Demokratie. Demokratie ist Balance. Demokratie hat etwas – und das verbindet sie mit einer sehr alten und bis auf Aristoteles zurückgehenden Tradition – mit Maß und Mitte zu tun. Auch zwischen Gleichheit und Freiheit muss die maßvolle Mitte gefunden werden. Schon Aristoteles war der Auffassung, dass das beste Staatswesen dasjenige sei, das über eine breite Mittelschicht verfügt. Gegenwärtig kann diese Aussage als solide empirisch abgesichert gelten: »Bis auf den heutigen Tag deckt jeder Vergleich von reichen und armen Ländern«, so der Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt, »hochgradig signifikante Wechselbeziehungen zwischen Demokratie und sozioökonomischem Entwicklungsstand auf: Je wirtschaftlich reicher ein Land, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dort eine Diktatur entsteht. Und je reicher ein Land, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass die Staatsverfassung demokratisch ist oder demokratisch wird.«⁷

Selbstverständlich impliziert diese Aussage eine gewisse Gleichverteilung; am Reichtum müssen alle Bürger innerhalb einer möglichst ausgeglichenen Sozialstruktur teilhaben. Gerade aber diese relative Gleichverteilung ist auch in den ›alten‹ Demokratien, nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland, äußerst gefährdet, findet doch eine staatlich geförderte oder wenigstens ermöglichte Umverteilung von unten nach oben statt.⁸ Nach Auffassung vieler wissenschaftlicher Beobachter verwandeln sich dementsprechend die kapitalistischen Demokratien in ›Postdemokratien‹ oder in Plutokratien, also in die

⁷ Schmid, Manfred G.: *Demokratiethorien*. Eine Einführung, Opladen 32000, S. 441.

⁸ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: *Die neue Umverteilung*. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013 und Joseph Stiglitz: *Der Preis der Ungleichheit*. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München 2012.

Herrschaftsausübung der Superreichen.⁹ Die Frage nach der Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie stellt sich neu.

An diesem Punkt beginnt eine Gefahrenzone. Was geschieht, wenn das Gleichgewicht des geordneten Gegeneinanders aus der Balance gerät, wenn soziale Konflikte überhand nehmen? Dann kommt es zur Umwandlung des Pluralismus in seine Zerfallsprodukte. Die Ausgewogenheit zwischen schwer Vereinbarem, aus der heraus Demokratien leben, geht verloren und kippt ins Unvereinbare. Es entsteht Feindschaft. Sehen wir kommunikativen Ausgleich als Lebenselixier der Demokratien und ihre ›Streitkultur‹ als ein hohes, mühsam errungenes und nur als Balance aufrechterhaltenes Kulturgut an, so entsteht nun genau dasjenige, vor dem alle Antidemokraten warnen: nämlich das Chaos. Die Gesellschaft wird gespalten, Pluralismus, die Auffassungs-, Meinungs- und Interessenvielfalt der Menschen wird zur Frontstellung. Nun heißt es: Entweder wir oder die anderen, Sieg oder Niederlage!

In den zerfallenden Staaten beobachten wir genau dieses: Es ist nicht gelungen, der Bevölkerung, besonders der umfangreichen jungen Generation, eine ökonomische Lebensperspektive zu schaffen, sowie die Menschen unter dem Dach eines die Sicherheit garantierenden Staatswesens zusammenzuführen. Auch freie Wahlen in einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft auf niedrigem ökonomischem Niveau scheitern fast in aller Regel. Sie führen dazu, dass der Wahlsieger Klientelpolitik für seine eigene Bezugsgruppe macht, handle es sich um eine Ethnie oder eine Religion.¹⁰

Mit einer rationalen und deliberativen Lösung politischer Aufgaben hat dies nichts mehr zu tun und dies auch dann nicht, wenn das entsprechende Staatswesen auf dem Papier eine ›Demokratie‹ ist. Eines von vielen Beispielen für eine solche Situation ist der Irak. An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass Demokratie kaum mit Waffengewalt exportiert werden kann, ohne dabei die gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen des entsprechenden Landes eingehend zu berücksichtigen, schon gar nicht, wenn das Land zugleich als billiger Rohstofflieferant betrachtet wird. Natürlich fragt es sich, inwiefern Demokratisierung

⁹ Vgl. Crouch, Colin: *Postdemokratie*, Frankfurt/Main 2008 und Noam Chomsky: *Profit Over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung*, Wien 1999.

¹⁰ Vgl. Collin, Paul: *Gefährliche Wahl. Wie Demokratisierung in den ärmsten Ländern der Erde gelingen kann*, München 2009.

überhaupt ein extern induzierter Prozess sein kann und nicht grundsätzlich von innen her angestoßen und umgesetzt werden muss.

Strukturwandel der Öffentlichkeit

Ist Demokratie ganz allgemein so etwas wie ein politischer Lernprozess in einer offenen Welt oder eine Art Suchbewegung innerhalb eines Horizonts der Vermutungen, so verdienen die Formen des Meinungs austauschs besondere Beachtung. Meinungsfreiheit ist nicht lediglich ein menschen-, bzw. bürgerrechtlicher Anspruch, über den man wie über jede normative Wertsetzung geteilter Ansicht sein könnte, sondern eine sachliche Funktionsbedingung der Demokratie. Ohne funktionierenden Meinungs- und Informationsfluss bricht Demokratie zusammen. Sofern Demokratie davon abhängig ist, dass gute Entscheidungen unter Berücksichtigung aller sachdienlichen Informationen herausgebildet werden, kann der eigentliche ›Generator‹ dieser Entscheidungen in der Sphäre einer frei diskutierenden Öffentlichkeit verortet werden. Allenfalls die Qualität des Bildungssystems ist hier ebenso bedeutsam wie eine auf den demokratischen Prozess ausgerichtete Medienlandschaft.

Daher ist es schwer verständlich, dass das Deutsche Grundgesetz, ähnlich wie andere westliche Verfassungen, diese Rolle von Meinungsfreiheit, Presse und Medien nicht adäquat berücksichtigt, denn es fehlen Vorschriften zur ›inneren Pressefreiheit‹. Im Hinblick auf die Parteien ist das anders. Hier legt das Grundgesetz fest, dass die innere Ordnung der Parteien, ›demokratischen Grundsätzen‹ zu entsprechen habe (Art. 21). Faschistische Führer- oder kommunistische Kaderparteien sind nicht erlaubt; von ihnen erwartet man keine nützliche Funktion in einem offenen Prozess der politischen Willensbildung. Eine ähnliche Vorschrift für Presse und Medien fehlt aber.

Dementsprechend sind Presse und Medien, sofern sie nicht öffentlich-rechtlich oder wie bei der ›taz‹ genossenschaftlich organisiert sind, soziologisch betrachtet im Grunde Diktaturen. Ihre innere Ordnung entspricht nicht demokratischen Grundsätzen. Im Entscheidungsfalle gilt das Wort des Verlages, die inhaltliche Ausrichtung des Medienorgans spiegelt die Interessen der Unternehmenseite wider.

Daher hat sich auch in Deutschland der ›Strukturwandel der Öffentlichkeit‹ ungehindert in einer Weise entwickeln können, der zunehmend die Funktionsfähigkeit der Demokratie bedroht. Lediglich das

Internet bildet, bei entsprechendem Gebrauch, in dieser Hinsicht ein Gegengewicht. Unter dem ›Strukturwandel der Öffentlichkeit‹ wird nach Jürgen Habermas eine sozialhistorische Entwicklung verstanden, bei der aus Informationen und Meinungen verkäufliche Waren wurden und nicht Aufklärung, Überzeugung oder Argumente im Vordergrund stehen, sondern kommerziell verwertbare Inhalte im Sinne unternehmerischer Gewinnerwartung.¹¹ Und auch das Internet unterliegt schon längst dem Druck der Kommerzialisierung. Auch hier kann der Strukturwandel der Öffentlichkeit deutlich beobachtet werden. So wäre etwa Wikipedia geradezu ein Musterbeispiel für die Möglichkeit, Informationen auf breiter demokratischer Basis zusammenzuführen, würden sich nicht bezahlte Schreiber damit befassen, so manchen Wikipedia-Artikel im Sinne solventer Interessenten umzutexten.

Offenheit und Identität

Alle bisher aufgeführten institutionellen Bestandteile von Demokratie, ebenso wie die unabdingbaren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen, sind von der Idee her ausgerichtet auf die typische moderne Offenheit der Horizonte. Diese Offenheit besteht epistemisch (alles Wissen ist Vermuten), aber auch im Hinblick auf die immer umfassender werdende weltweite Vernetzung aller Menschen mit allen anderen. Zum ersten Mal in der Geschichte können wir von einer Weltgesellschaft sprechen. War das Leben der Menschen früher durch natürliche Begrenzungen umstellt, etwa eine Küste oder durch Gebirge, die zu überwinden nicht selten große Reiseanstrengungen erforderte, so schweift der Blick gegenwärtige in jeder Richtung ins Offene und die Horizonte erweitern sich ins Unüberschaubare.

Doch diese Tatsache macht auch Angst. Hören wir dann noch, dass auch politische Entscheidungen letztlich auf Vermutungen beruhen, so könnte es Wünsche danach auslösen, die errungene Weite und Offenheit wieder einzuschränken oder gar gänzlich aufzuheben. Für die Demokratie und gerade für sie stellt sich daher eine entscheidende Frage: Wie ist es möglich, Menschen – und zwar dauerhaft – von der Demokratie zu überzeugen? Ist Demokratie nicht eine Überforderung? Trägt Demokratie ohne Grenzen

¹¹ Vgl. Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/Main 1990.

dem menschlichen Grundbedürfnis nach Zugehörigkeit und nach Identität genügend Rechnung? Wo alles im Offenen zerfällt, kann da noch jemand feststellen, wo er selbst steht und ob er da auch stehen möchte?

Die Fragen haben es in sich und sind nicht ohnehin zu beantworten. Unter allen Umständen verlangt Demokratie eine gewisse Ambiguitätstoleranz. Ambiguität, also Vieldeutigkeit, Ungelöstheit, Vorläufigkeit ist überhaupt ein Merkmal des Lebens, jedenfalls unter modernen Bedingungen. Spannungen der Mehrdeutigkeit auszuhalten und dementsprechend den Andersdenkenden als jemanden zu respektieren, der einen Anteil der eigenen Unsicherheit artikuliert, von außen her also eine Gefährdung des eigenen Inneren zum Ausdruck bringt, wäre erstes Erziehungsziel in einer Demokratie. Aber das reicht nicht. Menschen benötigen das Gefühl und die Erfahrung der Zugehörigkeit. Menschen brauchen Menschen, durch die sie Anerkennung erfahren. Eine atomisierte Gesellschaft kann das nicht leisten. Auch eine Gesellschaft, die den Erwerb als einziges Lebensziel propagiert, wird solchen psychologischen Grundbedürfnissen nicht gerecht. Wird das Leben zu einer Hetzjagd nach Selbstvermarktung oder zu einem ökonomischen Kampf aller gegen alle unter Androhung des sozialen Abstiegs umgestaltet, so werden Menschen nach Alternativen suchen und diese sind nicht immer demokratisch. Das Anwachsen rechtsorientierter populistischer Strömungen in Europa kann als eine Reaktion auf die zunehmende Entsolidarisierung des Alltags betrachtet werden.

Gerade in Ländern, die auf dem Weg in die Demokratie sind, kann die wirtschaftliche Schlacht aller gegen alle kein attraktives Modell sein. Was seelische Sicherheit bietet, ist nicht die Möglichkeit sich erfolgreich selbst zu vermarkten, sondern die Einbindung in eine Bezugsgruppe. Haben Menschen das Gefühl, sie müssten ihre Religion, ihre Volkszugehörigkeit oder auch ihre heimatliche Verbundenheit aufgeben, um in eine undefinierbare ›Offenheit‹ zu gelangen, so werden sie dankend darauf verzichten. Was also muss Demokratie für die ›innere Sicherheit‹ der einzelnen Menschen leisten, für ihre Identität und für ihr Gefühl zu einer Gemeinschaft zu gehören? Auch hier ist ein Weg des Maßes und der Mitte zu finden. Totale Lösungen sind unmöglich, doch Kompromisse bieten sich an.

Die Rolle der Religion

Vieles des bisher Gesagten zeigt eine gewisse Ambivalenz, ein Sowohl-als-auch. Demokratie ist, um es einmal so zu formulieren, keine eindeutige Staatsform. Am klarsten zeigt sich das an der Verbindung des Gewaltmonopols mit der Gewaltenteilung. Demokratie bringt kontradiktorische Gegensätze zusammen und verbindet scheinbar Unvereinbares. Das macht sie in sehr ausdrücklicher Weise zu einem Kulturprodukt, einem gesellschaftlichen Kunstwerk. Bei Diktaturen ist das anders. Diktaturen stellen sich auf ganz ›natürliche‹ Weise ein, nämlich durch den brutalen Einsatz von Waffen. Wenn der jeweils physisch Stärkste oder der jeweils am besten Bewaffnete herrschen soll, so sind die Condottieres, heute heißen sie Warlords, die natürlichen Staatslenker. Ein solcher Staatsaufbau geht auch ohne Kultur.

Nahezu Unvereinbares muss auch im Hinblick auf das menschliche Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Identität zusammengebracht werden. Gerade Demokratien leben auch davon, dass sich die Bürger in ihnen wohlfühlen, in erster Linie unter wirtschaftlichem, aber keineswegs nur unter materiellem Gesichtspunkt. Nachdem sich die so genannte Säkularisierungsthese als falsch erwiesen hat¹², also die Behauptung, der Übergang zur modernen Industriegesellschaft führe notwendig zu einem Absterben der Religionen, ist es häufig die religiöse Bindung, die Menschen Zugehörigkeit und Identität gibt. Gerade in Demokratien gibt es gute Gründe dafür, das religiöse Leben der Bürger – und dies in einem sehr breiten Sinne – nicht nur zu schützen, sondern aktiv zu fördern. Damit stellt sich freilich die Frage, wie sich Religion mit der weltanschaulichen Offenheit verträgt, die ja nicht nur ein moralisches Postulat ist, sondern neben ihrer evidenten philosophischen Begründbarkeit eine Reaktion auf das, was ich hier als faktischen Pluralismus bezeichne. Menschen sind sich niemals einig über weltanschauliche Grundfragen. Einigkeit aufzuzwingen, schafft den faktischen Pluralismus nicht ab, sondern drängt ihn in den Untergrund.

So bleibt nur die Lösung, Religion und Staat unter machtpolitischem Gesichtspunkt gänzlich zu trennen. Alle Religionen müssen lernen, dass das Leben und Überleben auf diesem Planeten wichtiger ist als dogmatische

¹² Vgl. Joas, Hans: *Glaube als Option*. Zukunftsmöglichkeiten des Christentums, Wien 2012, S. 13 ff.

Unterschiede und die Entscheidung der Frage, wer im Hinblick auf solche Fragen Recht hat. Damit verweist er durchaus auf ein spirituelles Moment. Denn dass Menschen ihren Weg auf diesem gefährdeten Globus miteinander und kooperativ suchen sollen und es schlecht sei, wenn sie sich vernichten, weil ein Teil der Menschen glaubt, ein anderer Teil verfüge nicht über die richtigen Glaubenssätze, kann als Hoffnung, als Wertsetzung und als normativer Anspruch nicht bewiesen werden. Eher geht es um Herzensüberzeugungen, um so etwas, wie ein intuitives Wissen und Hoffen. Demokratie ist, so gesehen, gar keine säkularisierte Staatsform. Sie ruht auf einem zutiefst ›religiösen‹ Fundament: auf der vom Herzen her empfundenen Überzeugung, dass Gott mit uns Menschen etwas vorhat. Nämlich, dass der Mensch zum wirklichen Menschen werde und sich nicht selbst ausrotte.

Weiterführende Literatur des Autors:

Waldrich, Hans-Peter: *Der Staat*. Das deutsche Staatsdenken seit dem 18. Jahrhundert, Wien 1973.

—: *Demokratische Erziehung – demokratische Schule*. Wagnisse in der Postdemokratie, Mainz 2011.